

Stadtkanzlei

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02
stadtrat@thun.ch, www.thun.ch

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 01/2014 vom 17. Januar 2014, 17:00 Uhr, Rathaus

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Peter Aegerter (BDP) (bis Traktandum 2), Sandra Ryser-Liebi (SVP) (ab Traktandum 3) Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Heidi Anderes, Jonas Baumann-Fuchs, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Michael Dähler, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Susanna Ernst, Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Sabine Kaufmann, Alain Kleiner, Alice Kropf Khan, Andreas Kübli, Nora Läng, Serge Lanz, Lukas Lanzrein, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Peter Stutz, Zeno Supersaxo, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Marianne Dumermuth Lehmann und Ursula Haller, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollantin Dominique Kröpfli
Entschuldigt	---
Schluss der Sitzung	19:15 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden. Er wünscht allen Ratsmitgliedern ein gutes und erfolgreiches Jahr im Rat und hofft auf gute Entscheide im Interesse der Stadt Thun. Die Sitzung wird aufgrund der anschliessenden Feier um 19:15 geschlossen.

1. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13. Dezember 2013

Das Protokoll wird **vom Rat** stillschweigend genehmigt.

2. Wahl des Stadtratbüros 2014

a) Stadtratspräsidentin

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, schlägt Stadträtin Sandra Ryser-Liebi als neue Stadtratspräsidentin vor.

Der Rat wählt Sandra Ryser-Liebi (SVP) einstimmig zur Stadtratspräsidentin. (Applaus)

Der Vorsitzende Peter Aegerter wünscht Sandra Ryser-Liebi für das kommende Präsidialjahr von Herzen alles Gute und viel Erfolg. Er überreicht der neugewählten Präsidentin einen Blumenstrauss und bittet Sie, den Präsidentenstuhl zu übernehmen.

Stadtratspräsidentin Sandra Ryser-Liebi freut sich über das Vertrauen und nimmt die Wahl dankend an. Sie bedankt sich bei ihrer Fraktion für die Unterstützung.

Es ist eine grosse Ehre Stadtratspräsidentin von Thun, einer so schönen und lebenswerten Stadt, zu sein. Es ist ein spezielles Gefühl und macht sie auch ein wenig stolz. Für sie ist auch im kommenden Jahr ein angenehmes Ratsklima sehr wichtig. Im Namen des Stadtrats bedankt sie sich bei ihrem Vorgänger Peter Aegerter. Er hat im vergangenen Jahr den Rat mit grosser Souveränität und Kompetenz geleitet. Ein grosser Dank geht auch an seine Familie. Sie hat ihn während seiner Amtszeit immer unterstützt. Sie wünscht ihm alles Gute und viel Erfolg für seine Zukunft. (Sie überreicht ihm eine Flasche Wein. Applaus.)

Durch das Amt der Stadtratspräsidentin werden ihre persönlichen und parteipolitischen Überlegungen stark in den Hintergrund treten, sei es im Rat, in der Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat oder bei Öffentlichkeitsarbeiten. Sie ist bestrebt, ihr Bestes zu geben.

Sie erinnert sich an Frauen wie die Gräfin Elisabeth von Kyburg und Barbara König, erste Stadtratspräsidentin 1980, die die Politik in der Vergangenheit von Thun geprägt haben. Thun bewegt sich, hat sich immer bewegt und wird sich immer bewegen. Die Stadt Thun wurde bereits sehr früh zu einem regionalen Marktzentrum. Heute hat sich die Stadt zu einer wichtigen Tourismusdestination und einer Schweiz weit bekannten Militärstadt entwickelt. Dank dem Mut und Willen sich weiter zu bewegen und nötige Rahmenbedingungen zu schaffen, hat sich Thun durch die starke Bevölkerungszunahme zu einem regionalen Zentrum mit rund 42'000 Einwohnern entwickelt. Bewegung ist die Voraussetzung und die Bedingung, Ziele zu erreichen. Nur so kann sich die Stadt weiterentwickeln. So sind auch die Legislaturziele für die Jahre 2011 bis 2014 ausgerichtet. Es ist aber auch sehr wichtig, zurück zu schauen, Bewegungen zu analysieren und zu überdenken. Es braucht Mut, Fehler einzugestehen. Bewegung bedeutet auch Flexibilität, sich auf neue Situationen einzustellen, Änderungen vorzunehmen und situativ angepasste Lösungen zu finden. Sie bedankt sich für die Unterstützung und die Aufmerksamkeit der Ratsmitglieder. Sie wünscht sich eine gute, konstruktive und bewegte Zusammenarbeit im kommenden Jahr.

b) Erster Vizepräsident

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, schlägt Thomas Hiltpold zur Wahl vor.

c) Zweiter Vizepräsident

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, schlägt Hanspeter Aellig zur Wahl vor.

d) Zwei Stimmzähler

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, schlägt Sabine Kaufmann zur Wahl vor.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, schlägt Michael Dähler zur Wahl vor.

Der Rat wählt Thomas Hiltpold (Grüne) einstimmig zum ersten Vizepräsidenten, Hanspeter Aellig (FDP) zum zweiten Vizepräsidenten und Sabine Kaufmann (SP) und Michael Dähler (SVP) einstimmig als Stimmzählerin und Stimmzähler.

Stadtratspräsidentin Sandra Ryser-Liebi gratuliert allen Gewählten und wünscht Ihnen viel Erfolg und Freude im neuen Amt.

Sitzungsunterbruch: 30 Minuten (Anstossen auf das neue Präsidium)

3. Stadträtliche Kommissionen

Wahl der Präsidien und Vizepräsidien der fünf Sachkommissionen

Bericht des Gemeinderates Nr. 02/2014

Der Rat, gestützt auf die Wahlvorschläge der Fraktionen und in Anwendung von Artikel 20 Absatz 3 und Artikel 21 Absatz 1 des Geschäftsreglementes Stadtrat von Thun, genehmigt einstimmig folgenden

Stadtratsbeschluss:

Die Präsidien und Vizepräsidien der fünf Sachkommissionen werden wie folgt gewählt:

a) SAKO P + F	Präsident	Claude Schlapbach	BDP
	Vizepräsident	Thomas Hiltpold	Grüne
b) SAKO B + L	Präsidentin	Heidi Anderes	FdM
	Vizepräsident	Hanspeter Aellig	FDP
c) SAKO BiSK	Präsident	Carlo Schlatter	SVP
	Vizepräsidentin	Sandra Rupp Gyger	SP
d) SAKO Si + So	Präsident	Manfred Locher	FdM
	Vizepräsident	Reto Vannini	BDP
e) SAKO StE	Präsident	Franz Schori	SP
	Vizepräsident	Andreas Kübli	FdM

Stadtratspräsidentin Sandra Ryser-Liebi wünscht den Gewählten viel Freude und Erfolg in ihrem Amt.

4. Kommissionen

Ersatzwahl von Besar Matoshi (SP) und Reto Vannini (BDP) in die Wahlkommission anstelle der zu-rückgetretenen Kurt Landolf (SP) und Florian Schluchter (BDP)

Bericht des Gemeinderates Nr. 01/2014

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, schlägt Reto Vannini (BDP) zur Wahl vor.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, schlägt Besar Matoshi (SP) zur Wahl vor.

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 lit. c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 13. Dezember 2013, beschliesst:

1. Von den Demissionen von Kurt Landolf und Florian Schluchter wird Kenntnis genommen. Die in diesem Amt geleisteten Dienste werden bestens verdankt.
2. Als Ersatz für Kurt Landolf wird per 17. Januar 2014 als Mitglied in die Wahlkommission gewählt: Besar Matoshi, geb. 8. April 1992, von Thun, Stv. Geschäftsführer WE Thun, wohnhaft Feuerwerkerstrasse 46E, 3603 Thun für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2014 endenden Amtsdauer.
3. Als Ersatz für Florian Schluchter wird per 17. Januar 2014 als Mitglied in die Wahlkommission gewählt: Reto Vannini, geb. 5. März 1948, von Zürich und Lugano, pensionierter Adjunkt, wohnhaft Freienhofgasse 17, 3600 Thun für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2014 endenden Amtsdauer.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Stadtratspräsidentin Sandra Ryser-Liebi wünscht den Gewählten viel Freude und Erfolg in ihrem Amt.

5. Postulat P 8/2013 betreffend einer gemeinderätlichen Strategie, Mehreinnahmen ohne Steuererhöhung zu generieren

FDP-Fraktion vom 28. Juni 2013; Beantwortung

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, bedankt sich beim Gemeinderat für die Annahme des Postulates und ist erfreut, dass der Gemeinderat weitgehend die Meinung mit den Postulanten teilt. Trotzdem sind die Antworten etwas ernüchternd. Der Gemeinderat stellt erfreut Wachstum fest. Es ist positiv, dass Thun während den letzten Jahren die Gemeinden Burgdorf, Langenthal und Biel überholt hat und sich nicht mehr auf dem letzten Platz der Rangliste befindet. Für eine Stadt in der Grösse von Thun sollte der Steuerkraftindex über 100 Prozent liegen. Im Bericht wird auf die unterschiedlichen Teilstrategien verwiesen. Dazu gehören auch die Teilstrategie 1 Wohnen und die Teilstrategie 3 Wirtschaftsstandort und Wertschöpfung. Die ersten beiden Teilstrategien sind von der Ortsplanung abhängig. Bei der Teilstrategie 3 ist aber bereits jetzt Handlungsbedarf. Für Standortförderung und Ansiedlung von Unternehmungen in Thun braucht es innovative Marketingstrategien. Zumindest eine Vernehmlassung sollte im Rahmen der revidierten Ortsplanung im Stadtrat diskutiert werden.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, gibt zu Bedenken, dass das Postulat viel zu allgemein verfasst worden ist. Aus seiner Sicht wurden die Zuständigkeiten des Postulats nicht berücksichtigt. In dieser Situation ist der Gemeinderat, nicht der Stadtrat, zuständig. Der Vorstoss bewegt nichts und es werden nur Kosten ausgelöst. Der Gemeinderat hat klare Antworten gegeben. Die Planung läuft bereits in die vorgeschlagene Richtung und die Resultate zeigen bereits eine Verbesserung für die Stadt Thun. Der Gemeinderat zieht in die richtige Richtung.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, stimmt dem Postulat zu. Es ist nicht ein falscher Vorstoss, es gibt keine falschen Vorstösse. Das Postulat beachtet ebenfalls die Zuständigkeit des Gemeinderates. Ein Postulat ermöglicht auch, den Gemeinderat aufzufordern, Aufgaben, die in seinem Zuständigkeitsbereich liegen, auszuführen oder zu verbessern. Die Antwort des Gemeinderates zeigt die Berechtigung des Postulats sehr gut. Im Bericht wird auf die Ziele und Strategien verwiesen. Die Antworten sind sehr allgemein gehalten. Die Stadt braucht zu diesen Strategien konkrete Umsetzungsmassnahmen und klare Ziele. Der Gemeinderat sollte klare Vorgehensweisen ausarbeiten, über die dann zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert werden können.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, unterstützt die Annahme des Postulats ohne weiteren Kommentar.

Stadtpräsident Raphael Lanz weist darauf hin, dass die Finanzpolitik langfristig geplant wird. Auch der Gemeinderat möchte kurzfristige Erfolge. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine konstante Finanzpolitik ermöglichen. Dem Gemeinderat ist es wichtig, Unternehmungen in Thun anzusiedeln. Die Schwierigkeit liegt aber auch beim Konkurrenzkampf mit anderen Standorten und bei den vorhandenen Landreserven. Die Stadt Thun ist bezüglich der Landreserven eingeschränkt im Vergleich mit anderen Gemeinden. Es braucht auch die Bereitschaft, Land einzuzonen. Es gibt kaum lebenswertere Städte als Thun. In dieser Stadt zu arbeiten, zu wohnen und zu leben ist sehr schön. Darauf kann man auch sehr stolz sein. Er zeigt Verständnis, dass mehr Wachstum angestrebt wird, es können aber auch keine Wunder in den nächsten Jahren vollbracht werden. Schön ist, dass Thun eine Zunahme und nicht eine Abnahme in der Entwicklung verzeichnen kann.

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich.

6. Interpellation I 10/2013 betreffend „Mehr Strämu und Schwäber für alle“

Buchs Christine (FDP), de Meuron Andrea (Grüne), Schori Franz (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. Juni 2013; Beantwortung

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, ist von der Antwort teilweise befriedigt und wünscht die Diskussion. Sie kritisiert die kaum veränderten Öffnungszeiten des Strandbades. Es braucht innovativere Lösungen. Die Öffnungszeiten von Bad und Restaurant sollten unabhängig voneinander sein. Es gibt sehr gute Beispiele in der Schweiz, wie die Badi Baldegg oder das Muribad. Beide zeigen, dass es auch nach Schliessung der Badi möglich ist, bei Bedarf das Badi Restaurant geöffnet zu haben. Unverständlich ist auch die verzögerte Vorgehensweise beim verlangten Projektwettbewerb für die geplante Grosssanierung. Die Frage drei bezieht sich auf die Vergabe der Restauration. Der Schwäber in Thun ist ein gutes Beispiel, wie der Spagat zwischen Badi-Gastronomie und hoher Qualität für den Wirt durchaus auch sehr rentabel gestaltet werden kann. Das Restaurant im Strämu ist aber alles andere als familienfreundlich. Das Aufwärmen des Babyschoppens kostet 50 Rappen und jedes weitere Kafferrähmli zum Kaffee 20 Rappen. Die Frage sechs thematisiert die Flexibilisierung der Öffnungszeiten. Diese sind um 0.88 Prozente ausgedehnt worden. Das wird nicht unter flexiblen Öffnungszeiten verstanden. Auch dafür gibt es gute Beispiele in der Schweiz, wie das Lido in Luzern, Ascona oder am Baldeggersee. Es ist nicht innovativ, sich mit dem Bäderverbund von Thun zu vergleichen. Ein Vergleich mit anderen Tourismusdestinationen wäre in dieser Situation sinnvoller. Die Frage sieben thematisiert die Möglichkeit für Abonnementsinhaber, auch in der Winterzeit die Umkleieräumlichkeiten im Schwäber zu nutzen. Dazu braucht es nur eine automatische Zutrittskontrolle und eine nach aussen funktionierende Drehtür beim Ausgang. Auch hier zeigt die Kunsteisbahn in Burgdorf, dass solche Projekte sehr gut funktionieren können.

Gemeinderätin Ursula Haller Vannini weist darauf hin, dass trotz der kritisch diskutierten Punkte das Strandbad Thun eines der schönsten Bäder in der Schweiz ist. Es ist durchaus möglich, die Situation in Thun mit anderen Strandbädern in der Schweiz, wie mit dem Lido in Luzern oder Ascona zu vergleichen. Schlussendlich muss in Thun aber mit den örtlichen Vorgaben und Möglichkeiten geplant werden. Es ist möglich, nach Schliessung der Badeanlage das Restaurant im Bad weiter zu betreiben. Das wäre aber mit sehr vielen zusätzlichen Sicherheitsauflagen verbunden. Es besteht jederzeit die Möglichkeit, dass Restaurantbesucher in ein Schwimmbaden fallen könnten. Sie stimmt Stadträtin De Meuron zu, dass Konsumenten für das Aufwärmen von einem Schoppen oder ein zweites Kaffeerahm nicht sollten bezah-

len müssen. Es ist aber auch im Interesse der Stadt, einen möglichst hohen Kostendeckungsgrad zu erreichen. Das Strandbad ist ein sehr grosses Bad mit bis zu 8'000 Besuchern pro Tag. Es ist nicht möglich und organisatorisch sehr aufwändig, die Öffnungszeiten flexibel dem Wetter anzupassen. Das Schwäbischbad zeigt, dass dort flexible Öffnungszeiten möglich sind. Winteröffnungszeiten sind auf Grund der Sicherheit aber dort nicht umsetzbar. Es ist ein Fliessgewässer mit grossen Gefahren. Bei einem Unfall wäre auf Grund von Fahrlässigkeit mit Klagen zu rechnen. Die Stadt kann diesbezüglich die Verantwortung nicht übernehmen. Der Gemeinderat ist bestrebt, die Wasserfläche für Freizeit und Sport zu erweitern. Dazu steht auch die Diskussion über ein Hallenbad noch offen. Die Bestrebungen nach mehr Flexibilität haben eine Erhöhung der Kosten, des personellen Aufwandes und weitere Sicherheitsvorschriften zur Folge. Die Umsetzung ist nicht immer einfach und in kurzer Zeit realisierbar. Das Angebot muss im Bäderverbund der Region Thun einheitlich sein, wobei das Strandbad Thun, im Vergleich mit den umliegenden Bädern, die längsten Öffnungszeiten hat.

7. Interpellation I 9/2013 betreffend Sicherheit in der Stadt Thun

BDP-Fraktion vom 28. Juni 2013; Beantwortung

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass der Gemeinderat keine weiteren unbekannteten Sicherheitsrisiken erwähnt. Die vorhandenen Instrumente sind einsetzbar. Aus diesem Grund ist die Aussage beruhigend und zufriedenstellend. Die Diskussion wird nicht verlangt.

8. Postulat P 12/2013 betreffend Betrieb des KKThun ab 2015

Schori Franz (SP), Stutz Peter (Grüne), Ernst Susanna (BDP) und Mitunterzeichnende vom 24. Oktober 2013; Beantwortung

Franz Schori, **SP-Fraktion**, bestätigt, dass der Umbau des KKThun grundsätzlich als richtig erachtet wird. Den Wegzug des Swiss Economic Forums, der eigentliche Grund für den Neu- um Umbau, fordert eine Überprüfung der Nutzung. Die Zentrale Frage ist, welche Rolle das KKThun in Zukunft einnehmen sollte. Ein Vergleich mit dem KKLuzern oder dem Kursaal in Bern ist etwas übertrieben und für Thun eine Liga zu hoch. Ein Vergleich mit einer Konzerthalle, dem Freienhof oder der Burghalle ist angebrachter. Zudem muss entschieden werden, ob vorwiegend Fremdveranstalter organisiert werden oder vorwiegend eigene kulturelle Veranstaltungen durchgeführt werden sollten. Es braucht eine Standortevaluation, um mögliche Gründe für das Fehlende Interesse von Fremdveranstaltern herauszufinden. Fehlende Infrastruktur, zu hohe Kosten, der Standort könnten mögliche Ursachen sein. Auf Grund der Ergebnisse kann ein neues Konzept erarbeitet und mögliche Verbesserungen erzielt werden. Die SP-Fraktion unterstützt das Postulat.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion der Mitte**, verweist auf das vielfältige und ausgewogene Programm des KKThun. Dieses funktioniert gut. Die Stadt Thun darf auch stolz auf das KKThun und die Betreiber sein. Kultur ist selten kostendeckend. Es ist nicht der Betreiber, sondern der indirekte Kultursubventionsteil, im Sinne von Mietkostenreduktionen, der der jetzigen Situation zugrunde liegt. Die Fraktion sieht die im Postulat formulierten Punkte eins, zwei und drei als Reihenfolge. Die maximale Priorität liegt in den Nachverhandlungen des bestehenden Vertrages. Längerfristige Buchungen sollten durch die offenstehende Vertragsverhandlung nicht beeinträchtigt werden. Den Betreiber müssen Wertschätzung und Vertrauen signalisiert werden. Anhand gemachter Erfahrungen können Anpassungen erfolgen, wie beispielsweise die Angelegenheit mit den Kontingenten. Der Übertrag an Dritte ist erst ein Thema, wenn die bisherigen Vertragsverhandlungen nicht zielführend sind oder der bestehende Betreiber kein Interesse an einer Vertragsverlängerung hat. Bei einer Neuausschreibung muss der zusätzliche Aufwand bedenklich werden. Es ist nicht notwendig, die drei vorgeschlagenen Szenarien miteinander zu vergleichen und auf Vorrat zu überprüfen. Die Fraktion der Mitte stimmt dem Postulat zu.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, erachtet das Postulat als durchaus sehr wichtig. Bei der Begründung des Postulats haben sich einige Behauptungen eingeschlichen, die nicht den Tatsachen entsprechen. Der Vertrag läuft bis am 31.12.2015. Die Frage nach dem weiteren Betrieb wird erst für das Jahr 2016

diskutiert und nicht wie im Postulat geschrieben ab dem Jahr 2015. Ein Betrieb durch die Stadt Thun ist durch den grossen personellen Aufwand und das fehlende Knowhow nicht möglich. Die BDP-Fraktion unterstützt die Annahme des Postulats.

Susanna Ernst-Reusser (BDP) äussert sich als Mitpostulantin. Sie hat das KKThun immer und immer wieder unterstützt. Mit dem Postulat wurde der Gemeinderat aufgefordert, drei unterschiedliche Optionen zu prüfen. Die Beweggründe für das Postulat waren, aufzuzeigen, dass die momentane Lösung optimal ist. Die Analyse der drei verschiedenen Optionen zeigt, dass der Gemeinderat auf dem richtigen Weg ist und das KKThun mit dem bisherigen Betreiber weitergeführt werden sollte. Nicht alle Begründungen sind korrekt recherchiert worden. Es ist nicht das Ziel, nur gut rentierende Anlässe durchzuführen. Es besteht teilweise in der Bevölkerung die Kritik von zu hohen Betriebskosten. Es ist aber nicht möglich, das KKThun mit geringeren finanziellen Mitteln zu betreiben. Es ist schade, dass sich die Betreiber nicht persönlich bei den Postulanten gemeldet und nach der Begründung des Postulates gefragt haben. Es war nicht das Ziel, die Betreiber persönlich anzugreifen.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, erwähnt die Exklusivrechte des KKThun. Aus Sicht der Betreiber sind diese durchaus sinnvoll. Für externe Nutzer wird damit aber das Mieten der Säle komplizierter und teurer. Nach dem Gemeinderat handelt es sich hierbei nicht um Exklusivrechte, sondern Umstände, die durch technische und Sicherheitsvorschriften entstehen. Der Vergleich mit dem KKLuzern und Kursaal Bern ist bezüglich der Kosten nicht ganz gerechtfertigt. Die Verhandlungen für die zukünftige Betreuung sollten bereits im Jahr 2014 durchgeführt werden. Falls sich die Betreiber und die Stadt Thun nicht einigen können, wird immer noch genügend Zeit für eine öffentliche Neuausschreibung vorhanden sein. Das Ziel ist, sich wichtige Fragen im Vorfeld zu überlegen, damit gute Entscheidungen getroffen werden können.

Christian Josi, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass die Fraktion das Postulat annehmen wird, auch wenn nicht alle Punkte unterstützt werden können. Es müssen alle Optionen gleichwertig geprüft werden. Zudem muss eine Vollkostenrechnung durchgeführt werden. Darauf aufbauend können unterschiedliche Optionen geprüft werden. Es müssen gute Rahmenbedingungen für die Betreiber geschaffen werden. Eine Anpassung des Nutzungskonzepts wird unterstützt. Es ist nicht nur ein Kulturzentrum sondern ein Kultur- und Kongresszentrum. Kongresse sind eine gute Möglichkeit, die Stadt auch ausserhalb von Thun bekannt zu machen. Mit Terminen muss in Zukunft flexibler umgegangen werden. Einheimische Veranstalter haben ein sehr grosses Kontingent an Terminen besetzt. Durch externe Kongresse können Einnahmen generiert werden.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, bedankt sich bei den Betreibern des KKThun für die geleistete Arbeit. Die zuständige Kommission muss die Situation analysieren und entsprechend handeln. Die Stadt Thun muss auch in Zukunft ein verlässlicher Partner sein. Es müssen günstige Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Betreiber erfolgreich wirtschaften können. Er ist überzeugt, dass die Betreiber des KKThun eine gute Arbeit leisten und ist zuversichtlich für die zukünftige Weiterentwicklung.

Stadtpräsident Raphael Lanz, weist darauf hin, dass das KKThun ein schwieriges Geschäft ist. Die Betreiber machen eine sehr gute Arbeit. Beim Abschluss der Verträge wurde die zukünftige Situation abgeschätzt. Die Erwartungen stimmen nun nicht ganz mit der heutigen Situation überein. Es ist nicht einfach einen Vertrag abzuschliessen, ohne die genauen Rahmenbedingungen zu kennen. Es gibt klare Vorgaben. Das Ziel ist, die Investition von 20 Mio. Franken bestmöglich einzusetzen. Das Postulat zeigt einen generellen Vergleich mit unterschiedlichen Städten und Zentren aus unterschiedlichen Ligen auf. Sehr positive Rückmeldungen haben die Thuner Veranstalter gegeben. Es ist nicht die Lösung, das Angebot zu verkleinern, ein gewisses kulturelles Angebot ist weiterhin geplant. In Zukunft müssen gewisse Aspekte besser geregelt werden. Verhandlungen werden bereits durchgeführt. Der Gemeinderat ist sich des Problems bewusst, obwohl die Situation nicht ganz einfach ist. Der Gemeinderat braucht Zeit, um Lösungen zu erarbeiten.

Der Rat überweist das Postulat einstimmig.

9. Postulat P 9/2013 betreffend Bau eines Hallenbads

Fraktion der Mitte, SP-, BDP-, Grüne- und FDP-Fraktion vom 22. August 2013; Beantwortung

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, bedankt sich beim Gemeinderat für die konstruktive Annahme des Postulates. Der Bedarf an einem Hallenbad ist gegeben. Die Investitionsplanung für das Jahr 2019, das heisst nach dem grossen Sanierungsprojekt Grabengut, wird bereits im Aufgaben- und Finanzplan 2015 verabschiedet. Aus diesem Grund ist es wichtig, die Abklärungs- und Planungsarbeiten bereits jetzt in Angriff zu nehmen. Somit kann der allfällige Finanzierungsbedarf rechtzeitig beziffert und entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Antworten des Gemeinderates sind etwas zu zurückhaltend. Bei einem Hallenbadprojekt braucht es einen festen Willen und ein grosses Engagement. Er macht den Vergleich zum Schlossparking in Thun. Es wird sich nichts bewegen, wenn die Stadtregierung nicht ganz klar hinter dem Projekt steht.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, ist persönlich mit einem Teil des Postulates nicht einverstanden. Es steht nicht der Schwimmsport als Vereinssportart im Zentrum, sondern das Bedürfnis der Bevölkerung und des Tourismus in der Region Thun. Das Problem Hallenbad muss regional gelöst werden. In der Planung müssen öffentliche Interessen und touristische Aspekte mit Wellnessmöglichkeiten berücksichtigt werden. Möglichkeiten für den Schwimmsport im Winter müssen langfristig und mit einer definitiven Lösung angestrebt werden. Er unterstützt das Vorgehen des Gemeinderates, dass die geplanten Sanierungsprojekte, wie beispielsweise Grabengut und Strandbad, zuerst durchgeführt werden müssen. Der mögliche Hallenbadbau kann eventuell in die Sanierungsplanung des Strandbades miteinbezogen werden. Er bezweifelt aber, dass an diesem Standort tatsächlich Synergien genutzt werden können. Die Fraktion sieht den Planungshorizont bis im Jahr 2018 als realistisch. Die folgenden Projektschritte Entwicklung der finanziellen Situation, Abwarten und Beurteilung, Miteinbezug des ERT (Entwicklungsraum Thun) unter Berücksichtigung der Hallenbäder Oberhofen und Heimberg, und einer nachhaltigen Standortevaluation werden unterstützt. Die BDP-Fraktion unterstützt das Postulat.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, bedankt sich beim Gemeinderat für die positive Aufnahme des Postulates. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu. Sie begrüsst die Bildung einer stadtinternen Projektorganisation. Unklar ist die Ausgangslage im ERT. Die Antwort ist diesbezüglich unkonkret. In der Planung muss die gesamte Region miteinbezogen werden. Es ist wichtig, dass ein möglicher neuer Standort mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar ist, im Gegensatz zum Hallenbad Heimberg. Wenn möglich müssen Synergien genutzt werden, vor allem bezüglich der Energie. Das Projekt muss finanziell tragbar sein. Sie unterstützt die weitere, hoffentlich auch speditive Arbeit in den entsprechenden Gremien.

Serge Lanz, **FDP-Fraktion**, ist erfreut, dass sich der Gemeinderat vorstellen kann, eine Projektgruppe einzusetzen. Die Projektgruppe muss sich mit einem konkreten Projektauftrag befassen und Realisierungsmöglichkeiten in Thun und Umgebung prüfen. Es geht um vier verschiedene Aspekte wie Bedarf, regionale Zusammenarbeit, Finanzierung und Standortbestimmung. Der Bedarf und die regionale Zusammenarbeit bestehen und sind feste Bestandteile der politischen Agenda. Es geht um ein grosses Projekt und ist somit auch abhängig von der zukünftigen Finanzentwicklung. Wenn ein Bedürfnis nach einem Hallenbad in der Bevölkerung von Thun und Region besteht, ist die Politik gefordert, mögliche Mittel zu organisieren. Bei der Standortwahl kann nicht nur das Sanierungsprojekt Strandbad, sondern es muss auch das Sanierungsprojekte Grabengut in die Projektplanung Hallenbad miteinbezogen werden. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, freut sich über eine Annahme des Postulates. In diesem Jahr wird eine Projektgruppe ins Leben gerufen. Das Resultat ist ein Hallenbadprojekt, das bei genügenden finanziellen Mitteln realisiert wird. Somit muss im Moment die weitere Entwicklung abgewartet werden. Er begrüsst eine rasche Bearbeitung und Realisierung. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, ist nicht gegen ein Hallenbad in Thun und Region. Er zieht eine private Finanzierung einer städtischen vor. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt Thun, Hallenbäder zu bauen und zu betreiben, egal für welche Zielgruppen. Der Bedarf in Thun ist vorhanden. Der Bedarf ist nur auf Grund der künstlichen Vergünstigung durch die Stadt so hoch. Er schlägt vor, dass die Kosten in Zukunft alleine durch die Nutzer getragen werden. Das ergäbe eine Preiserhöhung und somit auch eine Reduktion der

Nachfrage. Er unterstützt den regionalen Ansatz. Es ist durchaus gut, wenn die Stadt nicht alle Zentrums-lasten alleine tragen muss. Der Vergleich mit der Grabenguthalle wird gemacht und die mangelnde Unterstü-tzung der Gemeinde Steffisburg erwähnt. Der Vorstoss wird zu einem ungünstigen Zeitpunkt ge-macht und weckt falsche Hoffnungen. Der Aufgaben- und Finanzplan zeigt, dass zurzeit kein Geld für ein Hallenbadprojekt von 20 bis 30 Mio. Franken vorhanden ist. Die Stadt verschuldet sich mit über 40 Mio. Franken für diverse sportpolitische Projekte. Aus diesem Grund ist ein Schuldenabbau, anstelle eines neuen Millionen Projekts, anzustreben. Aus Sicht der SVP-Fraktion braucht es keine Projektorganisation die mit Steuergeldern Planungen durchführt. Die Fraktion lehnt den Vorstoss ab.

Gemeinderätin Ursula Haller Vannini weist auf das Bedürfnis nach einem Hallenbad in der Region hin. Es braucht eine langfristige Lösung. Sie wendet sich an Stadtrat Lanzrein. Die finanziellen Möglichkeiten werden ganz klar berücksichtigt. Aus diesem Grund wird das Projekt erst für 2018 geplant, nach Ab-schluss der bereits geplanten Sanierungsprojekte. Der Gemeinderat hat genügend Erfahrung und kann den richtigen Zeitpunkt für eine mögliche Projektrealisierung durchaus einschätzen. Für einen möglichen Start im 2018 braucht es bereits jetzt Vorarbeiten. Es ist eine Zusammenarbeit von verschiedenen Fach-stellen wie die Direktionen Bildung, Sport, Kultur, Stadtentwicklung, Präsidiales und Finanzen sowie Bau und Liegenschaften. Es sind aktuell keine externen Expertisen geplant, somit werden die Kosten mini-miert. Eine Zusammenarbeit mit dem ERT wird unterstützt und eine regionale Lösung wird begrüsst. Vor Illusionen wird aber gewarnt. Es wird kaum eine umliegende Gemeinde die gesamte Verantwortung für ein solches Projekt übernehmen. Vorhandene Synergien müssen in jedem Fall genutzt werden. Es ist nicht möglich, dass die Kosten durch die Nutzer vollständig gedeckt werden. Der Vorschlag von Stadtrat Lanzrein, die Kosten zu erhöhen damit weniger Menschen das Angebot nutzen, ist nicht denkbar und realisierbar. Kulturelle und sportliche Angebote sind nie kostendeckend, ansonsten wäre das Angebot nur noch für eine sehr kleine Elite der Bevölkerung zugänglich. Soziale Tarife wie beispielsweise in Oberhofen, werden weiterhin unterstützt.

Der Rat überweist das Postulat mit 28 zu 12 Stimmen.

10. Interpellation I 11/2013 betreffend Glasfaserversorgung im Wirtschaftsraum Thun

Schori Franz (SP) und Mitunterzeichnende vom 22. August 2013; Beantwortung

Franz Schori, **SP-Fraktion**, ist erfreut über die ausführliche Antwort des Gemeinderats. Er ist sehr zufried-en. Die Diskussion wird nicht gewünscht.

Mitteilungen

Die Stadtratspräsidentin erinnert an den Ski- und Jasstag vom 1. März 2014 auf der Elsigenalp. Die Ein-ladung folgt nächste Woche.

Das neue Stadtratsreglement, mit neu hinzugefügter Jugendmotion, ist verteilt.

Verschobene Geschäfte

- 11. Interpellation I 13/2013 betreffend Schulraumplanung Seefeld/Schadau
 - 12. Interpellation I 12/2013 betreffend Gemeinschaftsgärten, eine Fläche für Urban Gardening in Thun
 - 13. Interpellation I 14/2013 betreffend Fracking in der Region Thun
- werden aus zeitlichen Gründen auf die nächste Stadtratssitzung verschoben.

Rücktritt

Stadtrat Thomas Marghitola gibt infolge Wegzugs seinen Rücktritt aus dem Stadtrat von Thun auf den 14. Februar 2014 bekannt. (Der Stadtratssekretär verliest das Rücktrittsschreiben)

Eingänge

- Postulat betreffend Transparenz und Fairness in der Kulturförderung: Fraktion der Mitte
- Postulat betreffend Nebeneinkünfte des Gemeinderats: SP-Fraktion
- Postulat betreffend Einführung einer erweiterten Gewerbeparkkarte (Handwerkparkkarte): Michael Dähler (SVP) und Mitunterzeichnende.
- Interpellation betreffend Vertraulicher Vertrag zwischen der Stadt Thun und dem alternativen Jugendzentrum an der Seestrasse NKK Thun: SVP Fraktion
- Interpellation betreffend Zertifizierung der Stadt Thun als Gesundheitsstadt: Piero Catani (SP) und Mitunterzeichnende

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Sandra Ryser-Liebi

Remo Berlinger